

Für ein funktionales Gesundheitswesen

Die aktuelle Gesundheitspolitik, sofern man davon überhaupt noch sprechen kann, ist bedrohlich. Für das Gesundheitssystem, für Patienten und für alle anderen Beteiligten mit Gesundheitsberufen. Die Probleme sind wohl bekannt:

- Unzureichende Finanzierung der Krankenhäuser mit fehlenden Investitionen
- Dysfunktionales DRG-System
- Krankenhausnovellierung mit schematischer Einordnung ohne Bezug zur Patientenversorgung
- Elimination der ambulanten fachärztlichen Versorgung
- Verlagerung der ärztlichen Patientenversorgung auf nichtärztliche Berufe und Konstruktionen
- Verweigerung einer angemessenen Vergütung.

Ganz langsam wächst die Einsicht aller im Gesundheitswesen Beteiligten, dass sie weder an Grundsatzfragen, geschweige denn an Entscheidungen beteiligt werden. Stellungnahmen der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung finden kein Gehör, Anhörungen werden vom Zeitablauf zur Farce. Auch der Apothekerverband, kurzfristiger Profiteur der Covid-Impfungen, sieht das jetzt so. Die bewusste und vorsätzliche Deprofessionalisierung der Gesundheitsberufe schreitet derweil munter voran. Es geht dabei nicht um die Übernahme von „ärztlichen“ Aufgaben durch Diabetesberaterin, Wundmanagerin und ähnlichem. Es geht um die Übergabe von ärztlichen Aufgaben z. B. an Mitarbeiter im Rettungsdienst und in der Pflege, an Apotheker und Psycholo-

gen, an Gesundheitsapps und sogenannte Kioske. Die Ärzteschaft wird in der Folge und am ehesten unentgeltlich diese Kakophonie von Meinungen und Empfehlungen für den Patienten sortieren und ordnen müssen. Ein tragendes und langfristiges Konzept zum Erhalt der Gesundheit des Einzelnen ist das nicht.

Für die Delegierten der Landesärztekammer Hessen war es im September dieses Jahres, unmittelbar nach der Wahl, ein besonderes Anliegen, die prekären Verhältnisse im Gesundheitswesen zu verdeutlichen und in die Öffentlichkeit zu tragen (Resolution „Ausreichende Finanzierung – Drohende Gefährdung für alle Gesundheitsbereiche“, siehe www.laekh.de, Pressemitteilung vom 09.09.2023).

Gemeinsame Forderungen gut abgestimmt artikulieren

Erste Proteste gegen die aktuelle Gesundheitspolitik gab es inzwischen. Einzelne geschlossene Praxen und Apotheken sind ein guter Anfang, um auf die schwierige/prekäre Situation im Gesundheitswesen hinzuweisen. In der Not suchten Patienten die klinischen Notaufnahmen auf, die zu Recht diese Überlastung nicht hinnehmen wollen. Ein abgestimmter Protest mit Einbezug aller Ärztinnen und Ärzte und auch anderer Gesundheitsberufe fehlt. Im Gegenteil: Gegenseitige Schuldzuweisungen über vermeintliche Fehler/Unzulänglichkeiten im ambulanten und klinischen Bereich schwächen die ärztlichen Positionen.

Andere Gesundheitsberufe sind besser organisiert. Die Schließung von Apotheken am 2. Oktober war ein deutliches Signal, Notdienst-Apotheken haben die Notfälle versorgt. Zukünftige Protesttage der Ärzteschaft sollten von diesen Erfahrungen profitieren und bei Praxisschließungen auf den angemessen verstärkten, ärztlichen Bereitschaftsdienst hinweisen. Die temporären Einschränkungen für Patientinnen und Patienten dienen dem langfristigen Ziel einer wohnortnahen und persönlichen ärztlichen Versorgung. Resolutionen gab es genug. Die Vorbereitung auf den Deutschen Ärztetag 2024 in Mainz und die zuvor geplante Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung bieten eine Chance, gemeinsame Forderungen zu artikulieren und gut aufeinander abgestimmte Aktionen zu entwickeln. Nur dann werden wir von der Politik ernstgenommen. Ansonsten bleibt es bei einem lauwarmen Protest und Lauterbach freut sich.

Dr. med. Wolf Andreas Fach

Präsidiumsmitglied,
Vorsitzender des
Berufsverbandes
Deutscher Internisten
und Internisten
e. V. (BDI) –
Landesverband
Hessen



Foto: Katarina Ivanisevic

Die Beiträge in der Rubrik „Ansichten & Einsichten“ geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Foto: © Werner Hilpert – stock.adobe.com

Leserbriefe

Leserbrief zu „SARS-CoV-2: Herausforderungen und Lehren aus der Pandemie' ...“ von Prof. Dr. Ursel Heudorf, HÄBL 09/2023

Schwer nachvollziehbare Positionen

Gerne lese ich das Hessische Ärzteblatt. Ich bin aber sehr erstaunt, dass Sie regelmäßig unter „Ansichten und Einsichten“ ein Podium für zum Teil sehr eigenwillige Wahrnehmungen bereitstellen. In 09/2023 hat Prof. Dr. med. Heudorf zum wiederholten Mal (u. a. Ausgaben

05/2022, 12/2022, 05/2023) ihre kontroversen Thesen formuliert, die diesmal gegen Prof. Dr. med. Drosten gezielt sind. Es ist aus meiner Sicht vollkommen legitim, auch Nicht-Mainstream-Meinungen zu vertreten. Aber die Artikel von Frau Prof. Heudorf nerven mich inzwischen

sehr. Schläuen Ansichten aus dem Ruhestand mit für mich teilweise sehr schwer nachvollziehbaren Positionen (die Literaturstellen reichen bis in die Corona-Skeptiker/Leugner-Szene) würde ich persönlich nicht so oft eine Doppelseite oder noch mehr Seiten im HÄBL widmen.

Dr. med. Gösta Lotz, Langen